



NAbg.
Dr. Klaus Feichtinger



Gratis-Zahnspange beschlossen

Mit der Gratis-Zahnspange für Kinder und Jugendliche ist ein sozialpolitischer Durchbruch und gesundheitspolitischer Meilenstein gelungen. Die SPÖ-geführte Bundesregierung sorgt dafür, dass man am Gebiss des Kindes nicht mehr das Einkommen der Eltern ablesen kann. Der Bund stellt € 80 Millionen pro Jahr für Kieferregulierungen für Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres (Behandlungsbeginn), bei denen große oder sehr große Behandlungsbedürftigkeit vorliegt, als Sachleistung ohne Zuzahlung zur Verfügung. Davon profitieren pro Jahr 85.000 Kinder und Jugendliche und deren Eltern. Die Gratis-Zahnspange beugt nicht nur gesundheitlichen Folgeschäden vor, sondern verringert auch soziale Stigmatisierung. Mit der Gratis-Zahnspange werden Barrieren für eine notwendige Behandlung abgebaut und Familien finanziell entlastet. Die von der SPÖ bereits im Wahlkampf geforderte und im Arbeitsprogramm der Bundesregierung verankerte Gratis-Zahnspange wurde mit den Stimmen aller Parlamentsparteien, außer den NEOS, beschlossen. Die Leistung soll mit 1.7.2015 durch einen Gesamtvertrag sichergestellt werden.

350 Millionen Euro zur Unterstützung älterer ArbeitnehmerInnen

Zur Unterstützung und Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt werden in den nächsten drei Jahren bis zu € 350 Millionen aus der Arbeitslosenversicherung in spezifische Förderprogramme und Eingliederungsbeihilfen umgeleitet. Dabei gilt für 2014 und 2015 jeweils eine Deckelung von € 100 Millionen und 2016 eine Deckelung von € 150 Millionen. Zugute kommen sollen die Gelder Arbeitslosen über 50, die seit mehr als einem halben Jahr beim AMS vorgemerkt sind.